

**Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 2 GO LT
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage des Abgeordneten Christian Calderone (CDU)

Antwort des Niedersächsischen Justizministeriums namens der Landesregierung

Neue Planstellen für die Justiz im Haushalt 2024

Anfrage des Abgeordneten Christian Calderone (CDU), eingegangen am 25.08.2023 - Drs. 19/2151 an die Staatskanzlei übersandt am 28.08.2023

Antwort des Niedersächsischen Justizministeriums namens der Landesregierung vom 26.09.2023

Vorbemerkung des Abgeordneten

Im Juli 2023 fand die alljährliche Haushaltsklausur der niedersächsischen Landesregierung statt. Danach sollen im Einzelplan des Justizministeriums laut der Pressemitteilung vom 11.07.2023 eine Reihe von neuen Stellen ausgebracht sowie befristete Stellen entfristet werden.

Vorbemerkung der Landesregierung

Der Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2024 sieht eine klare Stärkung der niedersächsischen Justiz durch neue Stellen bzw. Beschäftigungsmöglichkeiten vor. So sollen zusätzliche personelle Mittel u. a. für die Strafverfolgung im digitalen Raum sowie für die beschleunigte Digitalisierung der Justiz eingesetzt werden. Gleichzeitig schafft der Haushaltsplanentwurf die Voraussetzungen, zahlreiche befristet ausgebrachte Stellen bzw. Beschäftigungsmöglichkeiten auch über den 31.12.2023 hinaus zu nutzen. Dies kommt den Gerichten und Staatsanwaltschaften insbesondere bei der Abarbeitung der Massenverfahren im Zusammenhang mit dem Abgaskomplex sowie bei der Bewältigung der weiter hohen Zahl an Asylverfahren zugute.

- 1. Wie viele zusätzliche Stellen wurden im Zuge der Aufstellung des Einzelplans 11 für das Haushaltsjahr 2024 von den jeweiligen Gerichten der ordentlichen Gerichtsbarkeit, den Generalstaatsanwaltschaften, den Arbeits-, Sozial-, Finanz- und Verwaltungsgerichten gegenüber dem MJ angemeldet (bitte aufschlüsseln nach Richterstellen, Stellen für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie für das übrige Gerichtspersonal, jeweils mit Angabe der Besoldungsgruppe bzw. tariflichen Eingruppierung)?**

	Zusätzliche Stellen für		
	Richter/ -innen	Staatsanwälte/ -innen	weitere Dienste
Finanzgericht	-	-	-
Landesarbeitsgericht	-	-	-
Oberverwaltungsgericht	3x R 2 10x R 1 (ohne BV und Budget)	-	7x EG 6

	Zusätzliche Stellen für		
	Richter/ -innen	Staatsanwälte/ -innen	weitere Dienste
Landessozialgericht	-	-	-
OLG Braunschweig	3x R 1	-	1x A 8 2x A 7
OLG Celle	1x R 3 3x R 2 8x R 1	-	6x A 12 16x A 11 4x A 10 5x A 8
OLG Oldenburg	-	-	-
GenStA Braunschweig	-	1x R 2 2x R 1	3x A 7 1x EG 12
GenStA Celle	-	1x R 2+Z 12x R 2 12x R 1+Z 47x R 1	5x A 11 6x A 10 11x A 9 37x A 7 3x A 6+Z 5x A 5+Z
GenStA Oldenburg	-	1x R 2 1x R 1+Z 2x R 2	1x A 10 1x A 7

2. **Wie viele dieser von den Behörden angemeldeten Stellen hat das MJ gegenüber dem MF mit welcher Begründung angemeldet (bitte ebenfalls mit der unter Frage 1 genannten Aufschlüsselung)?**

	Zusätzliche Stellen für			Begründung
	Richter/ -innen	Staatsanwälte/ -innen	weitere Dienste	
Finanzgericht	-	-	-	
Landesarbeitsgericht	-	-	-	
Oberverwaltungsgericht	3x R 2 10x R 1 (ohne BV und Budget)	-		Flexibilisierung der Stellenbewirt- schaftung
Landessozialgericht	-	-	-	
OLG Braunschweig	-	-	-	

	Zusätzliche Stellen für			Begründung
	Richter/ -innen	Staatsanwälte/ -innen	weitere Dienste	
OLG Celle	-	-	4x A 11 1x A 8	Verstärkung des Textmanagements zur beschleunigten Erstellung der notwendigen elektronischen Vordrucke aufgrund der gesetzlichen Verpflichtung zur elektronischen Aktenführung ab dem 1.1.2026.
OLG Oldenburg	-	-	-	
GenStA Braunschweig	-	-	-	
GenStA Celle	-	1x R 2+Z 1x R 2 1x R 1+Z 5x R 1	2x A 11 2x A 9 5x A 8	Verstärkung der Zentralstelle zur Bekämpfung gewaltdarstellender, pornografischer oder sonst jugendgefährdender Schriften
GenStA Oldenburg	-	3x R 1	1x A 8	Verstärkung der Zentralstelle zur Bekämpfung von Geldausgabeautomatensprengungen

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die Bedarfsmeldungen der Mittelbehörden nur einen Baustein bei der Ermittlung des im Aufstellungsjahr erforderlichen Stellenbestands darstellen. Das Justizministerium prüft darüber hinaus in originärer Zuständigkeit u. a. anhand vorliegender Belastungszahlen und aktueller Gesetzesvorhaben auf Bundes- sowie Landesebene eigenständig, welche personellen Ressourcen im Aufstellungsjahr für den ordnungsgemäßen Geschäftsbetrieb im Justizressort erforderlich sind. Daher sind über die vorgenannten Anmeldungen hinaus gegenüber dem Finanzministerium noch weitere Stellenbedarfe, insbesondere für den IT-Bereich, angemeldet worden.

Die vom Geschäftsbereich geltend gemachten Stellenbedarfe zur allgemeinen Minderung der Belastung sind in den als politische Priorität angemeldeten Stufenplan zur Erreichung des Ziels PEBB§Y 1.0 eingeflossen. Insgesamt hat das Justizministerium folgende personelle Bedarfe als politische Priorität gemeldet:

	Zusätzliche Stellen für			Begründung
	Richter/-innen	Staatsanwälte/-innen	weitere Dienste	
GenStA Braunschweig	-	1x R 2 2x R 1	3x A 8 1x EG 12	Verstärkung der Zentralstelle zur Bekämpfung von Hasskriminalität im Internet bei der Staatsanwaltschaft Göttingen
Oberverwaltungsgericht Landessozialgericht OLG Braunschweig OLG Celle OLG Oldenburg GenStA Braunschweig GenStA Celle GenStA Oldenburg	-	-	23x A 7 23x A 6+Z	Erste Stufe eines Stufenplans bis 2027 zur Deckung des zuletzt festgestellten Fehlbedarfs im Justizwachmeisterdienst und weiteren Erhöhung der Sicherheit bei Gerichten und Staatsanwaltschaften. Zusammengefasste Meldung für die in der linken Spalte genannten Mittelbehörden.
OLG Braunschweig OLG Celle OLG Oldenburg GenStA Braunschweig GenStA Celle GenStA Oldenburg	6x R 2 2x R 1+Z 22x R 1		3x A 12 23x A 11 19x A 8	Erste Stufe eines Stufenplans bis 2027 zur Erreichung von PEBB§Y 1.0 auf Grundlage des zuletzt festgestellten Fehlbedarfs. Zusammengefasste Meldung für die in der linken Spalte genannten Mittelbehörden.

3. Wie viele zusätzliche Stellen im Vergleich zum laufenden Haushaltsjahr wurden davon im Haushaltsplanentwurf der Landesregierung für das Haushaltsjahr 2024 veranschlagt (bitte ebenfalls mit der unter Frage 1 genannten Aufschlüsselung)?

	Zusätzliche Stellen für		
	Richter/-innen	Staatsanwälte/-innen	weitere Dienste
Finanzgericht	-	-	-
Landesarbeitsgericht	-	-	-

	Zusätzliche Stellen für		
	Richter/ -innen	Staatsanwälte/ -innen	weitere Dienste
Oberverwaltungsgericht	4x R 1 (ohne BV und Budget)	-	-
Landessozialgericht	-	-	-
OLG Braunschweig	-	-	-
OLG Celle	-	-	2x A 11
OLG Oldenburg	-	-	-
GenStA Braunschweig	-	1x R 2 2x R 1	3x A 8 1x EG 12
GenStA Celle	-	2x R 1	1x A 11 2x A 8
GenStA Oldenburg	-	1x R 1	-

Neben den o. g. personellen Verstärkungen enthält der Haushaltsplanentwurf ferner insgesamt 26 zusätzliche Stellen bzw. Beschäftigungsmöglichkeiten, die - vorrangig im Zentralen IT-Betrieb - zur Bewältigung der vielfältigen Aufgaben im Zusammenhang mit der digitalen Transformation der niedersächsischen Justiz eingesetzt werden sollen.